



Prinz-Anzeiger

A
W

Organ des Verbandes der Maler, Lackierer, Anstreicher, Tüncher und Weißbinder

Nr. 16

Das Blatt kostet kein Sonnenblatt.
Abonnementpreis Mr. 1,50 pro Quartal.
Reaktion und Expedition: Hamburg 25,
 Claus-Dreyfus-Straße 1, Telefon 5, 6246.

Hamburg, den 20. April 1918

Anzeigen kosten die flachgezogene Fläche
parallelseitig oder dreieckig 50 Pfpg. (der
Betrag ist freis vorher einzusenden).
Verbandsanzeigen kosten 25 Pfpg. die Zeile.

32. Jahrg.

Kollegen! Werbt neue Mitglieder für den Verband!

Sozialisierung und Organisierung — keine Moralpredigten!

I.

Als sich zu Beginn des Krieges die Folgen unserer Absperrung vom Ausland und die Anforderungen der Kriegswirtschaft bemerkbar machten, standen die Moralprediger auf, die unter Hinweis auf die Gefahr für unser Volk und Vaterland an die Vaterlandsliebe und die Volksolidarität appellierten und zur Pflichterfüllung mahnten. Sie betonten unter Anführung sittlicher und wirtschaftlicher Gründe, daß in einer solch großen Zeit wie die heutige das persönliche Interesse des einzelnen Menschen und der einzelnen Gruppe zurücktreten, und daß die Förderung des Allgemeinwohls zur Rücksicht unseres Tun und Lassens genommen werden müsse. Deutschland sei rings von Feinden umgeben, es kämpfe gegen eine zahlenmäßige Übermacht, und darum sei ein innerlicher Zusammenhang die unerlässliche Voraussetzung des Sieges. Gerade so wie unsere Soldaten an den äußeren Fronten Schulter an Schulter zu gemeinsamer Abwehr der Feinde zusammenständen, so müsse auch unser gesamtes Volk im Innern einträchtig zusammenwirken, um ein Durchhalten zu ermöglichen.

Wie wenig diese Mahnung zum Solidarismus gewirkt hat, ist im allgemeinen bekannt. Wohl zeigt sich an verschiedenen Stellen das Bestreben, durch soziale Arbeit die Nöte der Kriegszeit zu lindern, und besonders die Arbeiterorganisationen, die zeitweise ihr Masseninteresse hinter das Volkssinteresse zurückstellten, haben große Opfer gebracht, um die Unterschichten, die am meisten unter der Einwirkung des Krieges litten, über Wasser zu halten. Auch in bürgerlichen Kreisen regte sich der Wohltätigkeitsgeist zur Linderung des schlimmsten Elends. Aber diese Stimmung hielt nicht lange vor; denn schon machte sich in allen Erwerbschichten der Willen bemerkbar, die durch den Krieg geschaffene Konjunktur in rücksichtslosester Weise zum eigenen Vorteil auszunutzen. Zunächst waren die Händler darauf aus, durch unerhörte Preistreibereien, die in den Verhältnissen des Warenmarktes gar keine Begründung fanden, sich Sondervorteile zu verschaffen, was durch das sinnlose Verhalten der Kaufmännischen Schichten unterstützt wurde, die über ihren Bedarf hinaus Vorräte einlieferten. Gegen diesen Kriegswucher, der allmählich zu einer wahren Pest ausartete und im Kettenhandel eine bisher ungelernte Blüte zeigte, schritten die Behörden mit Preisfestsetzungen, Verboten, Drohungen und Bestrafungen vergebens ein. Das Schröpfen des laufenden Publikums nahm immer mehr überhand und wurde zuletzt zu einem Krebschaden, der allem Anschein nach unausrottbar ist, und mit dem wir, wie mit einer gegebenen Tat, rechnen müssen. Dies vollseindliche Krebsen wurde und wird durch das Publikum, das um jeden Preis Lebensmittel haben will, dauernd unterstützt, ein Zustand, den man beklagen mag, mit dem man sich aber abfinden muß. Die Händlermoral hat im Laufe der Zeit einen Tiefstand erreicht, wie er niedriger kaum gedacht werden kann. Das Ausnutzen der Warenknappheit zum eigenen Vorteil ist zu einer Selbstverständlichkeit geworden; wer heutzutage irgendeine Ware besitzt und an andere abgibt, sei es auch an einen guten Bekannten, ohne einen ordentlichen Aufschlag zu nehmen, wird als ein Mensch betrachtet, dem es im Überstüchen rappelt. Es ist bei uns — und in allen andern Ländern verhält es sich ebenso — so weit gekommen, daß die Ausbeutung fremder Notlage kaum noch als unmoralisch angesehen wird. „Sie tun es alle,“ lautet die Entschuldigung, „und ich mügte ein Narr sein, wenn ich es nicht auch täte!“ Und so wird denn lustig drauflos

gewuchert, wenn auch Moral und Solidarismus darüber zum Teufel gehen.

Natürlich war auch für die Landwirte, die Erzeuger der wichtigsten und unentbehrlichsten Volksnahrungsmittel, der allgemeine Notstand eine willkommene Gelegenheit zum Geldverdienen. Da die Zufuhr vom Auslande stockte und die Waren knapp und knapper wurden, stiegen die Preise der landwirtschaftlichen Erzeugnisse ganz von selbst in die Höhe. Diese natürliche Steigerung wurde noch künstlich gefördert, indem die Bauern ihre Erzeugnisse verheimlichten und zurückhielten. Sie hatten jetzt nicht mehr nötig, damit zum Markt zu ziehen und sie den Stadtleuten anzubieten, weil die Nachfrage so stark war. Der Militärfluss, der einen großen Bedarf hat, zahlte hohe Preise; die Stadtverwaltungen und Großunternehmer rissen sich um die Nahrungsmittel, und auch die Privatleute strömten aufs Land und überboten sich gegenseitig. Daneben entwickelte sich noch ein schwungvoller Schleichhandel, so daß es nicht zu verwundern ist, wenn die Bauern immer höhere Preise forderten und erhielten. Die bauerische Selbstsucht schoß mächtig ins Kraut, und die Erwerbsgier führte wahre Orgien. Gleichzeitig wuchs die Not der städtischen Verbrauchermassen in ungeheurem Maße und damit auch die Misstrümmerung und Erbitterung. Vergebens war der Appell an die Vaterlandsliebe der Bauern und Gutsherren, Landwirtschaftskammern, Regierungspräsidenten und Landräte erhoben ihre Stimmen und mahnten zur Pflichterfüllung, Bischöfe, Superintendenten und Kirchenhaupten beschworen in mahnenden Worten die Landleute, sie möchten doch ihre Erzeugnisse herausgeben und zu anständigen Preisen liefern, Minister und Parlamente, Tageszeitungen und Kirchenblätter ergingen sich in Moralpredigten; aber die hartherzigen Landwirte überhörten alle Mahnungen und Witten. Der Gelderwerb stand ihnen höher als das Wohl des Volkes. Und so ist es bis heute geblieben; wer heute noch glaubt, daß die ländlichen Erzeuger moralischen Einflüssen zugänglich seien, der irrt sich und muß als Utopist bezeichnet werden.

Doch die kapitalistischen Unternehmer, die mit überraschender Schnelligkeit die Friedenswirtschaft in die Kriegswirtschaft umgestaltet hatten, die veränderte Konjunktur zu ihren Gunsten auszunutzen verstanden, ist wohl selbstverständlich. Zuerst waren es die Heereslieferanten und Kriegsindustriellen, die ihren Patriotismus dadurch betätigten, daß sie dem Staat für ihre Lieferungen unverhältnismäßig hohe Preise abnahmen. Im Kriege und am Kriege muß Geld verdient werden, war die Parole, und ungezählte Millionen flossen in die Taschen der Kriegsgewinner, woran das deutsche Volk noch auf Jahrzehnte hinaus zu beissen haben wird. Bald regten sich auch jene Unternehmungen, die nur indirekt oder überhaupt nicht für den Staat arbeiteten. Auch sie verlangten ihren Anteil an der Volksberaubung. In geradezu unverschämter Weise betrieben sie die Ausbeutung der Verbrauchermassen, die ohnehin schon Not litten. Es sei nur erinnert an die Herstellung von Ersatzmitteln — Devise: Teuer und schlecht! —, an die Konserverfabrikation, an die Papier- und Lederindustrie, an die Fabrikation von Kleiderstoffen, Wollwaren, Schuhen, Seife und Zuder und an alle jene Fabrikationszweige, die notwendige Massengebrauchsartikel liefern. Überall zeigte sich die Erwerbsgier in schrecklicher Offenheit. Ist es nicht ein Skandal, der zum Himmel schreit, daß in einer Zeit schlimmster Massennot alle diese Unternehmungen Millionengewinne machen, und daß sie Dividenden zahlen, die drei-, vier- und zehnmal so hoch sind wie die in der Friedenszeit gezahlten? Man fragt sich verwundert, wie der Staat es ruhig mit ansehen kann, daß die glücklichen Erzeuger und Vertreiber der notwendigsten Lebensmittel förmlich im Gelde schwimmen, während große Schichten der Bevölkerung nicht

imstande sind, ihren allergeringsten Bedarf zu decken. Hier bestimmt jede Moralpredigt; denn wer könnte man den Löwen und Wölfen Moral predigen als diesen Wolfsausbeutern.

Vergebens auch ist es, dem laufkräftigen Publikum, das ohne Rücksichtnahme auf die Bedürfnisse der unbemittelten Schichten alles einhamstert, Beschaffenheit preisgeben zu wollen. Es ist ja ganz gut gemeint, wenn geistliche und weltliche Obrigkeiten den Hamsterern ins Gewissen reden, daß sie auch andern Leuten etwas aufzunehmen lassen sollten; aber leider hat es keinen Zweck. Ob die Kranken und Schwachen, die Kinder und Kindergartenkinder darunter zugrunde gehen, ob die Schwerarbeiter infolge mangelhafter Ernährung zusammenbrechen, was schert es die Hamsterer? Sie sorgen nur für sich, wenn sie nur genug haben; um das Wohl der Allgemeinheit, um die Gesundheit unseres Volkes kümmern sie sich nicht. Wenn nun an all diese Zustände beobachtet, so muß man wirklich zu der Überzeugung kommen, daß die Moralprediger tauben Ohren predigen.

Der Arbeitsmarkt im Februar 1918.

In der Tätigkeit der deutschen Industrie konnte nach dem „Arbeitsblatt“ auch im Februar 1918 keine wesentliche Veränderung gegenüber der Lage im Januar festgestellt werden. Sie bietet ungefähr dasselbe Bild wie in den vorhergehenden Monaten. Da sich die Volkswirtschaft vollkommen auf die Kriegsverhältnisse eingestellt hat, können größere Schwankungen nicht leicht vorkommen. Die Beschäftigung hielt sich auch gegenüber dem Vorjahr ungefähr auf derselben Höhe. Einige Industriezweige, an die besondere Anforderungen infolge des Krieges gestellt werden, konnten eine weitere Verbesserung ihres Geschäftsganges nachweisen.

Die Berichte aus dem Bergbau und Hüttentechnik lassen erkennen, daß die aufsteigende Linie der letzten Monate auch im Februar sich gleichmäßig fortgesetzt hat. Die Lage wird besonders durch die Einstellung neuer Arbeitskräfte, die zum größeren Teil dem männlichen Geschlecht angehören, gekennzeichnet. Die Eisen- und Metallindustrie und der Maschinenbau hatten die gleiche rege Tätigkeit wie in den vergangenen Monaten aufzuweisen, ebenso konnte die elektrische Industrie über einen gleich guten Geschäftsgang berichten. Eine weitere erhebliche Verbesserung ihrer Lage hatte die chemische Industrie zu verzeichnen. Sie war imstande, eine erheblich größere Anzahl von Arbeitskräften zu beschäftigen. Bei diesen Neueinstellungen waren wieder die Männer in der Mehrheit. Auf dem Baumarkt dagegen hat sich die Lage noch ruhiger als in den letzten Monaten gestaltet.

Die Nachweisungen der Rentenklassen lassen für die am 1. März in Beschäftigung stehenden Mitglieder im Vergleich zum Anfang des Vormonats eine Abnahme um 7,40% oder 0,1 vom Hundert erkennen. Die Verminderung trifft allein die weiblichen Kräfte, die um 11,08% oder 0,3 vom Hundert abgenommen haben, während die männliche Arbeiterschaft einen Zuwachs von 3,67% oder 0,1 vom Hundert zu verzeichnen hatte. Im Vergleich zum Vorjahr, zum 1. März 1917, läßt sich eine ungünstigere Gestaltung des Arbeitsmarktes feststellen. Es war damals eine Zunahme an Arbeitskräften von 0,4 vom Hundert gegenüber dem Vormonat zu verzeichnen gewesen, in geringerem Maße bei den Männern (0,1 vom Hundert), in höherem Maße bei den weiblichen Arbeitskräften (0,6 vom Hundert). Bei der Beurteilung der Bewegung der männlichen Beschäftigtenzahl ist zu berücksichtigen, daß die Kriegsgefangenenarbeit in den Ergebnissen der Rentenklassenstatistik nicht einbezogen ist.

Nach den Feststellungen von 34 Fachverbänden, die für 1126768 Mitglieder berichten, betrug die Arbeitslosenzahl Ende Februar 1918 9308 oder 0,8 vom Hundert. Es bedeutet dies eine Verbesserung gegenüber dem Vormonat mit 0,9 vom Hundert. Im Vergleich zum Februar der vier vorhergehenden Jahre ist die Arbeitslosenziffer bedeutend geringer. Sie hatte nämlich Ende Februar 1915 5,1 und Ende Februar 1914, also in der Friedenszeit, 3,7 vom Hundert betragen; sie war Ende Februar 1916 auf 2,8 und Februar 1917 auf 1,6 vom Hun-

der zurückgegangen, also 1917 noch doppelt so groß als im Berichtsmonat.

Die Statistik der Arbeitsnachweise läßt im Berichtsmonat für beide Geschlechter einen geringfügigen Rückgang des Andrangs der Arbeitssuchenden erkennen. Am Februar kamen auf 100 offene Stellen bei den männlichen Personen 58 Arbeitssuchende (gegenüber 62 im Vormonat); bei dem weiblichen Geschlecht sank die Andrangsiffer von 99 auf 93. Das Angebot stand also auf dem weiblichen Arbeitsmarkt noch äußerst günstig zur Nachfrage.

Die bis Mitte März reichende Statistik aus Grund des "Arbeitsmarkt-Anzeigers" verzeichnet gegenüber dem Vormonat keine wesentliche Veränderung der Verhältnisse. Im Vergleich zum Vorjahr ist eine starke Verminderung der überzähligen Arbeitssuchenden und eine Vermehrung der nicht erledigten offenen Stellen zu erkennen. —

Für das gesamte Baugewerbe gibt das "Arbeitsblatt" über die Vermittlungstätigkeit der Arbeitsnachweise im Februar folgende Zahlen an:

	Arbeits- gesuchte Stellen	Offene Stellen	Vieleite Stellen
Davon entfallen auf:			
Maurer, Putzer, Stuckateure	2048	4249	1079
Zimmerer	894	2909	585
Maler, Anstreicher, Lackierer	1489	1224	788
Glasier	108	201	76

Im Malergewerbe war gegenüber dem Vormonat wieder eine Besserung eingetreten; das Angebot von Arbeitsträgern war um 154 gesunken, die offenen Stellen haben sich um 197 erhöht. Für alle übrigen Bauhandwerker war die Lage des Arbeitsmarktes günstig. Auf 100 offene Stellen kamen Arbeitsgesuchte im

	Jänner 1918	Februar 1918	Februar 1917
von Maurern	48,84	45,20	47,84
Zimmerern	81,41	28,85	86,98
Glasier	45,70	52,28	72,84
Maler	168,08	120,01	136,84

In den verflossenen vier Wintermonaten gestaltete sich die Lage des Arbeitsmarktes im Maler-, Anstreicher- und Lackiergewerbe wie folgt:

	Arbeits- gesuchte Stellen	Offene Stellen	Geplante Stellen	Auf je 100 offene Stellen kamen Arbeitssuchende
November 1917	1564	1419	755	110,21
Dezember 1917	1198	982	605	121,48
Jänner 1918	1828	1027	676	158,08
Februar 1918	1469	1224	738	120,01

Am den einzelnen Landesteilen stellte sich für das Malergewerbe das Angebot und die Nachfrage in den letzten drei Monaten folgendermaßen:

	Dezember	Jänner	Februar	
	Arbeits- gesuchte Stellen	Arbeits- suchende Stellen	Arbeits- gesuchte Stellen	Arbeits- suchende Stellen
Preußen	18	2	84	16
Westpreußen	3	2	1	1
Berlin u. Brandenburg	489	248	460	280
Pommern	20	16	21	7
Posen	20	38	86	88
Schlesien	58	58	82	80
Sachsen	35	32	86	44
Schleswig-Holstein	29	42	31	80
Hannover	72	54	75	59
Westfalen	28	86	48	57
Hessen-Nassau	24	46	32	44
Rheinland	125	96	162	102
Bayern	142	146	152	100
Königreich Sachsen	61	195	124	84
Württemberg	100	95	64	83
Baden	60	59	47	57
Hessen	10	9	17	10
Mecklenburg-Schw.	2	1	1	13
Thüring. Staaten	18	29	18	29
Oldenburg	7	36	6	12
Braunschweig	5	7	5	11
Überh.	13	18	6	16
Bremen	18	17	5	6
Danzig	222	88	204	55
Elsass-Lothringen	15	9	11	4

*

Am Anschluß an diese Übersicht der Vermittlungstätigkeit der Arbeitsnachweise nach den Berichten des "Reichsarbeitsblattes" für das gesamte Bauu., und für das Malergewerbe im besonderen drucken wir nachfolgend die Zusammenstellung der hauptsächlichsten Ziffern aus unserer monatlichen Umfrage über die Arbeitslosigkeit unserer Verbandsmitglieder ab:

Monat	Es be- richte- ten Mitglieder in d. berich- tenden Zili- aten	Mitglieder am Schluß der letzten Woche des Monats	Arbeitslose Mitglieder am Schluß der letzten Woche des Monats	Auf je 100 Mitglieder entfallen Arbeitslose am Schluß der letzten Woche			
				1918	1918	1917	1918
Jänner	99	6932	256	102	17,55	7,03	3,66
Februar	99	6912	157	81	15,18	4,94	2,26
März	—	—	55	—	5,29	1,82	0,79
April	—	—	52	—	1,84	2,05	0,74
Mai	—	—	31	—	2,23	2,07	0,44
Juni	—	—	14	—	3,20	2,03	0,20
Juli	—	—	21	—	2,31	2,24	0,29
August	—	—	15	—	2,29	1,39	0,21
September	—	—	11	—	1,80	0,81	0,15
Oktober	—	—	33	—	3,36	1,59	0,47
November	—	—	47	—	6,38	2,29	0,66
Dezember	—	—	98	—	7,27	3,89	1,38

Die Beiträge bestätigen die oben verzeichneten von den Arbeitsnachweisen über ihre Vermittlungstätigkeit herausgezogenen Ziffern. Auch nach unseren Erhebungen ist die Arbeitslosigkeit im Februar gegenüber dem gleichen Monat des Vorjahrs zurückgegangen, und zwar seit 1915 von 15,18 vom Hundert unter 100 im Februar des laufenden Jahres. Gegen den Vormonat ist eine Verbesserung

vom 1,17 auf 1,17 vom Hundert eingetreten; damit hat wieder die gleiche Entwicklung eingesetzt wie in den vorhergegangenen drei Jahren. Weitere weiteres unterrichtet vorliegende Tabelle.

Folgende Ziffern sandten die statistischen Karten nicht beziehungsweise nicht rechtzeitig ein: Bernburg, Breslau, Cottbus, Dortmund, Elberfeld, Graudenz, Hamm, Nordhausen, Sonnenbrück, Stettin, Wismar.

Die Verschleppung der preußischen Wahlrechtsvorlage.

Das Dreiklassenparlament hat sich wieder auf fast vier Wochen vertagt, und seine Wahlrechtskommission, deren Mehrheit sich ohnehin redlich Mühe gibt, reicht viel Zeit mit wirtschaftlich überflüssigen, nur sehr, sehr entfernt mit dem Behandlungsgegenstand zusammenhängenden Reden auszuschlagen, ging auch wiederum in die Ferien, bis zum 11. April. Dann soll die, wie man sich denken kann, überaus anstrengende "Beratung" so "verschleppt" werden, daß vor Pfingsten die zweite und dritte Lesung im Plenum beendet sein kann". In die Pfingstferien sollen die 21 Tage Wartezeit fallen, die von dem Staatsgrundgesetz für die nach der genannten Frist zu wiederschreibende Abstimmung über Verfassungsänderungen vorgeschrieben ist. Sobald ist es Anfang Juni geworden — nun erhält erst das "Herrenhaus" die Wahlrechtsvorlage zur "sachgemäßen Behandlung". Man mußt davon, das Herrenhaus würde sich selbst durch eine tropische Junta-Augusts nicht abhalten lassen, die Gesetzesvorschläge (Reform des Landtagswahlrechts, Änderung des Herrenhauses, Änderung des Staatsrechts des Landtages) „recht gründlich zu beraten“ und sie deshalb einer „Dauer-Kommission überweisen. Diese würde „wahrscheinlich“ im Oktober, „vielleicht“ auch im November oder erst im Dezember die unglaublich schwierige Materie bewältigt haben — die Landtagskommission „berät“ ja jetzt auch schon bald ein Vierteljahr! —, und da das Plenum die abändernden Kommissionsanträge gutheilt, gingen die Gesetzestexte verfassungsgemäß zur Neuberatung an den Landtag zurück, wo natürlich die beispiellos pflichteligen Landboten sich wieder gründlich in die Beratung vertiefen würden. Wieder wäre mit Abänderungen zu rechnen, wieder wandern die Entwürfe in das Herrenhaus — übrigens kein weiter Weg, gleich das Haus nebenan —, und wenn die preußischen Lords es für gut befinden, muß der Landtag nach vorge schriebener Zeit ebenfalls über Abänderungen „beraten“. Und so weiter mit Stagie. Hat sich die Regierung auch darauf eingereicht, indem sie dem Landtag vorschlug, seine ordentliche Lebensdauer um ein Jahr zu verlängern?

In der Tat geht die Kalkulation der Junker und Untergenossen dahin, durch eine Verschleppung der Gesetzesverabschiedung zunächst einmal Zeit zu gewinnen. Man weiß nicht, was sich in dieser an Überraschungen so reichen Kriegszeit alles noch ereignen kann, und — „so Gott will“ — wendet sich alles noch zum besten der Großpreußen. Es ist nicht zu verkennen, daß sich die Regierung, wenn sie sich nur auf dem parlamentarischen Boden, wie er jetzt beschaffen ist, hält, in einer recht schwierigen Lage befindet. 448 Mitglieder zählen der Landtag. Die 148 Konserватiven, die meisten der 58 Freikonservativen und mindestens 50 der 71 Nationalliberalen sind prinzipielle Gegner des gleichen Wahlrechts. Da schon 222 Landboten die Mehrheit des Hauses bilden, besteht hier eine große Mehrheit gegen die Regierungsvorlage, zumal auch von den 101 Zentrumsabgeordneten mindestens ein Dutzend am liebsten offen mit den Konservativen gingen. Um einen Rechtfertigungsgrund für die erwarteten Unfälle zu haben, hat das Zentrum einen Antrag eingebracht, der für Verfassungsänderungen, die auf dem Gebiete der Kulturpolitik liegen (konfessionelle Schule usw.), künftig eine Zweidrittelmeinheit vorschreibt will. Der Antrag ist zwar in der Kommission abgelehnt, damit aber noch keineswegs erledigt. Das Zentrum will jenen seiner Vertreter, die prinzipiell gegen die Wahlrechtsgleichheit sind, eine Rücksicht verschaffen und gefährdet damit das Zustandekommen der Wahlrechtsreform noch mehr.

Ist aber die Reform durch das Abgeordnetenhaus abgeschlossen — noch ist das so unsi cher, daß wir Vertrauen in sie dringlich warten müssen! —, dann tritt das „Haus der Herren“ auf den Plan. Es ist nicht nur für den vorliegenden Fall, sondern allgemein interessant, unsern Lesern zu zeigen, was an „Parlamenten“ im zwanzigsten Jahrhundert noch möglich ist, und sei deshalb die gegenwärtige Zusammenfassung des preußischen Herrenhauses nach dem jüngsten Bericht seiner „Matrikelkommission“ aufgehoben. Die erlaubte und hochdeutsche Mitgliedschaft sieht wie folgt zusammen: 117 erbl. Berechtigte (Prinzen, Fürsten, vormalige reichsfürstliche Häuser und dergleichen), 180 lebensl. in gleichem Bereich lebende Berechtigte (vorwiegend Hochadel, Patriziatur, Ritterkönigliche Geheimbezirks, nur 51 Stadtreiter), im ganzen 242, wovon 52 Berechtigungen ruhen, so daß gegenwärtig 230 Stimmenabgeber vorhanden sind. Von ihnen gehören mindestens 250 dem „Stand“ der Prinzen, Herzöge, Fürsten, Grafen, Barone, Freiherren an, die im hochadeligen Milieu aufgewachsen sind und darin leben. Die Gesellschaft des wackeren Grafen York von Wartenberg, der ganz Preußen als seine Gütsbegirkt ansieht, ist im Herrenhause erdrückend groß. Soll im Halle ihrer unerbittlichen Fronde der verfassungsgemäß gestattete Peitschschub wirklich eintreten, dann dürfen ein paar Hundert neue Peers „kreiert“ werden müssen; anders erhält die Regierung für ihre Verlangen dort keine Mehrheit. Beobachtigt die Regierung diesen Bergsturz? In den Junkerfürsten glaubt man daran nicht, wofür allerhand „geflügelte Worte“ anzugeben wären.

Warum wird die schon in der Osterbotschaft 1917 und in dem von den Wahlrechtsfeinden als „Erpresseratt des Bethmann Hollweg“ deklarierten Königlichen Erlass vom 11. Juli 1917 als unzutreffend und dringend bezeichnete Wahlrechtsreform nun so aufreizend verschleppt? Die Minister Friederich und Drewitz haben sich unzweideutig und entschieden für die Wahlrechtsreform ausgesprochen. Der Reichskanzler Graf Hertling hat jetzt Ehrenwort für

die Reform verpfändet; sein Stellvertreter v. Bahrer hat die Realisierung der Wahlrechtsreform als „bald“ bezeichnet bezeichnet. Denn noch geht die schriftliche Wahlrechtsvorlage weiter! Worauf hoffen die Wahlrechtsfeinde eigentlich? Sie wissen recht gut, daß wenn die Regierung „alle Verfassungsänderungen“ mitt bis zu ihrer Erschöpfung anwendet, ihr Wahlrechtsreformvorschlag verwirkt wird. Dazu braucht sie nicht einmal „bis zur Erschöpfung“ zu geben; denn hinter ihr steht in diesem Falle die

Dagegen sei bei den Gewerkschaften ein starker Kräfteverlust während des Krieges nicht zu verneinen. Zunächst habe der Krieg durch die massenhaften Einrichungen den Gewerkschaften eine erhebliche Einbuße an Mitgliederzahl gebracht. Anderseits seien durch die starke Umstellung der Leute infolge der Kriegswirtschaft den Gewerkschaften viele Mitglieder verloren gegangen. Wahr habe seit 1916 wieder eine erfreuliche Mitgliederzunahme eingesetzt; inneren bleibe am Schluß des Jahres 1917 noch ein Mitgliederverlust von 1 240 607 (49,4 p. St.) zu decken, ehe die Mitgliederzahl vom Jahresende 1918 wieder erreicht werde. Dadurch habe der Organisationsbestand insofern eine leichte Einbuße erlitten, als nahezu ein Drittel der Zweig- und Bezirksverbände Verwaltungsstellen eingegangen. Während die Gewerkschaften im Jahre 1918 12 293 Mitglieder zählten, waren deren 1917 nur noch 9482 vorhanden. Ein Teil der Zweigvereine konnte wegen Wegzuges der meisten Mitglieder nicht aufrechterhalten werden. Hier wurde der völlige Neuaufbau jahrelanger Arbeit bedürfen.

Auch das Finanzwesen der Gewerkschaften steht nicht mehr auf gleicher Höhe wie vor dem Kriege. Diese Tatsache erfordert um so mehr zu ernster Beachtung, als die Gewerkschaften bei der eingetretenden Geldentwertung später die Erhöhung der Unterstützungsätze gezwungen werden, so den Unterstützungen ein gewisses Existenzminimum zu gewähren. Dieses Manko der Gewerkschaften auszugleichen, Organisationen auf die kommenden Friedensansprüche zu übertragen, sei unbedingt erforderlich. Daneben werde die Gewerkschaftsbewegung vor einer Reihe neuer Probleme gestellt werden. Am Schluß der interessanten Abhandlung heißt es:

"Deshalb muß mit dem Wiederaufbau der Gewerkschaften sofort begonnen werden, um den Augenblick des Friedens gerüstet zu sein. Wie die Kästen sich auf den Arten, so müssen die Gewerkschaften auf den Frieden vorbereiten. Der Arbeitsplan für das, was vom Tage des Friedensschlusses ab zu tun ist, darf innerer Organisation fehlen, und er muß allen Funktionären eicham in Fleisch und Blut übergehen. Denn mit der Mobilisierung der Heere beginnt die Mobilisierung der Gewerkschaften."

Konferenz der Vertreter der Verbandsvorstände. In 25. und 26. März fand in Berlin eine Konferenz der Vertreter der Verbandsvorstände statt, die an erster Stelle den Geschäfts- und Kassenbericht der Generalkommission entgegennahm. Der gedruckt vorliegende Bericht stellt eine erfreuliche Steigerung der gewerkschaftlichen Mitgliederzahlen von 1 006 285 Ende 1916 auf 1 1/4 Millionen Mitglieder am Jahresende 1917 fest, woraus sich ergibt, daß trotz der Kriegsnot eine Anzahl neuer Kräfte in die gewerkschaftliche Bewegung gewonnen wurde. Nach dem Kassenbericht betrugen die Jahresentnahmen der Generalkommission pro 1917 M. 418 004,81, die Jahresausgaben M. 627 974,09. Der Beitrag von M. 114 060,28 wurde aus dem Vermögen der Generalkommission gedeckt, das von M. 288 217,28 auf M. 224 148 zurückgegangen ist. Auf weitere Einzelheiten des Geschäfts- und Kassenberichts gehen wir in einem besonderen Artikel ein. Der Bericht wurde von Legien in mündlichen Ausführungen ergänzt, die auf Verhandlungen mit dem Reichswirtschaftsamt über die Wiederaufnahme gewerkschaftlicher Forderungen betreffs Arbeitsschutzes und Arbeiterversicherung in den Friedensverträgen, auf die Organisation der Übergangswirtschaft und die Vertretung der Gewerkschaften in derselben, auf den Beitritt zur Gesellschaft für soziale Reform und auf das Ersuchen von Angestellten der Generalkommission um eine abermalige Zeuerungszulage erstreckten. Obgleich das Reichswirtschaftsamt geringe Neigung zeigte, die Friedensverträge mit sozialpolitischen Forderungen zu vergleichen, hat sich doch der Reichstag fast einstimmig für die Aufnahme solcher Abmachungen in die Friedensverträge ausgesprochen. Dem Beitritt zur Gesellschaft für soziale Reform stimmte die Konferenz zu. Von einer Erfahrung zur Generalkommission für den verstorbenen Genossen G. Döblin wurde Abstand genommen. Die Gewährung einer Zeuerungszulage wurde mit Rücksicht darauf, daß die vorjährige Gehälterregelung noch nicht ein volles Jahr besteht, bis zur nächsten Vorstandskonferenz zurückgestellt.

Sodann beschäftigte sich die Konferenz mit einer Einnahme, betreffend die gesetzliche Regelung der Arbeitslosenversicherung und Arbeitsvermittlung, über welche Umfrage das einleitende Referat erstattete. Die Generalkommission hat einen vorbereitenden Ausschuß eingesetzt, der für die gesetzliche Regelung eine Reihe von Leitsätzen nebst Begründung ausgearbeitet hat. Der Ausschuß hat sich für eine Zwangsversicherung gegen Arbeitslosigkeit in Anlehnung an die Invalidenversicherung entschieden. Der Versicherungsausgang soll sich auf alle Arbeiter und Angestellten bis M. 5000 Jahreseinkommen erstrecken; die Beiträge sollen je zur Hälfte von Versicherten und deren Arbeitgebern aufgebracht werden. Das Reich zahlt den Arbeitslosenkassen ein Drittel ihrer jährlichen Unterstützungsabgaben hinzu. Für die Beitragsberechnung soll ein Zuschlag zu den Invalidenversicherungsbeiträgen festgesetzt und die Ausgabe neuer Marken und Karten auf die der Invalidenversicherung nicht unterliegenden Angestellten mit über M. 2000 Jahreseinkommen vorgesehen werden. Die Versicherungsanstalten haben den für die Arbeitslosenversicherung zu erhebenden Beitragsanteil an die Arbeitslosenkassen abzuführen, von denen je eine Kasse für jeden Bezirk einer Versicherungsanstalt errichtet wird. Die Arbeitslosigkeitskassen errichten in allen größeren Gemeinden Verwaltungsstellen, denen die Auszahlung der Unterstützung und die Regelung des Verkehrs mit den Arbeitsnachweisen und Berufsvereinen obliegt. Die Berufsvereine mit Arbeitslosenunterstützung sollen möglichst in das Verwaltungsnetz der Arbeitslosenunterstützung eingefügt werden, die Auszahlung der Unterstützung und die Kontrolle der Arbeitslosen übernehmen, und vom Reich ebenfalls ein Drittel ihrer eigenen Unterstützungsabgaben zurückerstattet erhalten. Die Reichsarbeitslosenunterstützung soll nach Lohnklassen abgetuftzt werden, aber mindestens die Hälfte des ortsüblichen Tagelohnes betragen und lange bis zur Dauer von 20 Wochen gezahlt werden. Unterstützung wird nicht gewährt bei Arbeitslosigkeit infolge Streiks oder Ausperrung sowie bei Erwerbsunfähigkeit infolge Krankheit, Unfalls oder Invali-

dität. Die Unterstützung kommt in Wegefall, wenn dem Arbeitslosen seine Kräfte und Fähigkeiten sowie seiner bisherigen beruflichen Tätigkeit entsprechende Beschäftigung nachgewiesen wird. Doch kann er eine durch Streit oder Ausperrung freigewordene Stelle ablehnen, ebenso eine solche, die den bestehenden Tarifvereinbarungen widerspricht. Die Leistung über Arbeitsvermittlung entsprechen denen der Gewerkschaftsgruppen vom März 1915, denen damals auch der Reichstag zugestimmt hat. Einige Übergangsbestimmungen sollen schließlich bis zum Inkrafttreten der gesetzlichen Regelung dieser Materien die Arbeitslosenhilfe und die Arbeitsvermittlung während der Übergangswirtschaft sicherstellen.

Der Referent beschreibt sich eingehend mit der Frage, ob das vorgeschlagene System der Zwangsversicherung mit den Beschlüssen der Gewerkschaftscongresse vereinbar sei. Er wies nach, daß von dem Stuttgarter Kongressbeschluss (1902), der die staatliche Förderung der gewerkschaftlichen Selbstversicherung verlangte, bis zum Wilmersdorfer Kongressbeschluss (1914), in dem eine öffentlich-rechtliche, allgemeine, obligatorische Versicherung gefordert wird, eine Vorbildung in der Richtung zur Zwangsversicherung erkennbar sei, in der das Centrale System in die Rolle einer Übergangsbestimmung zurücktritt. Nach dem Kriege könne ein solcher Übergang angemessen der wachsenden Arbeitslosigkeit gefährlich und der Verantwortlichkeit des Reiches für diese nicht mehr in

wirtschaftlichen Erfahrungen der Gewerkschaften in ihre Untersuchungen einzubeziehen, und ersucht um Einwendung von Berichten über solche. Die Berichterstattung wird den einzelnen Gewerkschaftsvorständen nahegelegt.

Der Volksbund für Freiheit und Vaterland sucht für sein ständiges Bureau einen Sekretär. Geeignete Meldeungen aus Gewerkschaftsvereinen werden als besonders erwünscht bezeichnet.

Zum Schluß fand eine Aussprache über die Demobilisierung der Kriegsteilnehmer und die Mitarbeit der Gewerkschaften in Bayern statt, bei der auch die Grundlage der Demobilisierung in Preußen berührt wurden.

Sozialpolitisches.

Die Entlassung des Jahrganges 1869. Ein Erlass des preußischen Kriegsministers unter dem 1. April 1918 ordnet an: "Die im Jahre 1869 geborenen, auf Grund der Landsturmurkunde zu den Rahmen einberufenen Landsturmlinge sind spätestens am 30. April zu entlassen, sofern sie nicht freiwillig im Dienst bleiben wollen. Dementsprechend ist von der Einberufung solcher Leute in Zukunft abzusehen. Für entlassene Landsturmlinge kann nötiger Erfolg von den 100. usw. Truppen unter Verhältnismäßigkeit des Erlasses vom 17. Mai 1916, das heißt sobald ein Abgang von 5 vom Hundert der planmäßigen Stärke eingetreten ist, angefordert werden." — Bis 30. April werden die nun im 49. Lebensjahr stehenden Landsturmlinge in ihre Heimat zurückkehren können. Hinterher folgt der nächste Jahrgang bald nach. Auf die Kriegsfreiwilligen besteht sich die Entlassung nicht; denn diese haben sich freiwillig für die Dauer des Krieges zum Dienst verpflichtet.

Mit sozialpolitischen Vorlagen von hohem Wert wird sich der Reichstag in seiner jetzigen Sitzung zu beschäftigen haben. In erster Reihe stehen da die Aufhebung des § 168 der Gewerbeordnung, des bekannten Ausnahmegesetzes gegen die Wirtschaftskämpfe der Arbeiter, und die Schaffung von Arbeitstdramen in einem. Namentlich die leichtere Frage bereitet noch viele Schwierigkeiten. Ist doch das Arbeitstdramen schon einmal daran gescheitert, daß die Regierung diese staatlich anerkannte Vertretung der Arbeiterschaft nicht so ausgestalten wollte, daß diese auf ihr Zustandekommen hätte Wert legen können. In beiden Hauptstreitfragen, die damals das Scheitern des Gesetzes herbeiführten, hat die Regierung nachgegeben; sie scheint jetzt geneigt, die Arbeiter der öffentlichen Betriebe in die Arbeitskammern mit hinzunehmen und Gewerkschaftsangehörige als Vertreter der Arbeiter in den Kammerzulassungen zu zulassen. Aber trotzdem ist noch eine ganze Menge von Schwierigkeiten zu überwinden, so besonders die Frage des Aufbaues der Arbeitskammern auf fachlicher oder örtlicher Grundlage. Die grundlegende Bedeutung dieses Gesetzes liegt darin, daß sein Zustandekommen eine gewisse Garantie dafür gäbe, daß auch nach dem Kriege die Behörden auf die Stimme der Arbeitervertreter hören und die Arbeiterschaft nicht lediglich wie früher als Objekt ihrer Regierungskunst betrachten. So kann das Arbeitstdramen Gesetz ein Prüfstein dafür werden, ob nach dem Krieg eine gesunde Politik des Wiederaufbaues der Volkskraft durch soziale Reform betrieben werden wird, oder ob die Scharfmacherei wieder Überhand gewinnt.

Zum Neuauftakt unserer völkischen Wirtschaft. Daß der Krieg eine starke Umwälzung unserer Wirtschaftsgestaltung in vielfacher Hinsicht mit Notwendigkeit fordert und im Gefolge haben wird, darüber wird man sich in immer weiteren Kreisen klar. Einen sehr anregenden Beitrag zu dieser Frage bietet Walther Rathenau in seinem soeben bei S. Fischer, Berlin, erschienenen Büchlein "Die neue Wirtschaft". Der bekannte Sozialpolitiker und Philosoph reicht damit seinen vielbeachteten wirtschafts-politischen und sozial-ethischen Schriften der letzten Jahre jetzt einen näheren Auftritt unserer künftigen öffentlichen Wirtschaft von dem fortgeschrittenen Stande der Kriegs- und Weltentwicklung aus an. Einen Grundzug des künftigen Wirtschaftsbildes bildet der Satz: "Wirtschaft ist nicht mehr Privatsache, sondern Sache der Gemeinschaft". Hieraus ergibt sich auch mit durchschlagender Gedanklichkeit Notwendigkeit, daß heute jeder Verlust, jede Verschwendungen nicht mehr bloß persönliche Angelegenheit, sondern mehr als die Sache der Gemeinschaft ist. Verschwendungen von Stoffen und Arbeitskräften bedeutet namentlich auch die vielfache wissenschaftliche oder unwissenschaftliche "falsche Lenkung des gesamten Erzeugungsborgangs". Nun gibt dem sehr lebensfähigen und greifbaren Ausdruck, indem er unter andern schreibt: "Wenn wir zwei bis drei Milliarden jährlich für berausende Getränke ausgeben, wenn wir Hunderte von Millionen für Bus, Taxis, Schaustellung opfern, wenn Hunderttausende von kräftigen Männern in einer Großstadt hinter Ladentischen laufen, wenn Hunderttausende Jahrein, jähraus auf der Eisenbahn liegen, um den Konkurrenzkampf von Handelsgeschäften auszufechten, mit dem Ergebnis, daß jede Firma am Jahresende nicht viel mehr und nicht viel weniger verkauft hat als im Vorjahr —, so handelt es sich nicht um einen bloßen Verlust an nationaler Ersparnis, sondern um eine Misleitungen des gesamten Produktionsvorganges, durch die ins Ungemessene Kräfte, Materialien vergeudet, Arbeitsmittel gesperrt, die Erzeugungskosten verteilt und äußere Wettbewerbskräfte verringert werden."

...

...

...

...

...

...

...

...

...

...

...

...

...

...

...

...

...

...

...

...

...

...

...

...

...

...

...

...

...

...

...

...

...

...

...

...

...

...

...

...

...

...

...

...

Polizei und Gerichte.

Der tödliche Absturz unseres Kollegen Fr. Bayer aus Biebrich durch Verhüren der Starkstromleitung in den Daimlerwerken in Unter-Türkheim hatte ein gerichtliches Nachspiel.

Angeflagt war der achtzehnjährige Lehrling W. Berger aus Eßlingen. Im Auftrage der Maschinenfabrik Eßlingen in Metzingen mußte er die von der Firma ausgeführten sechs Lauftrane in der Gießerei ausprobieren. Einige Male vorher, ehe das Unglück passierte, hatten Proben stattgefunden, wobei unsere Kollegen, die die Krone streichen mußten, jedesmal vorher gewarnt wurden, wenn der Strom eingeschaltet wurde. Am 4. Februar schaltete der Angeklagte

den Strom ebenfalls ein, in der festen Gewissheit, daß am Mann kein Morder beschäftigt war. Er sah den verunglückten Kollegen am Boden arbeiten und wußte deshalb jede Schlußfolgerung ausgeschlossen. In der kurzen Spanne jener Zeit, in der der Angestellte den Strom einschaltete, bestieg der verunglückte Kollege eine bewehrte Leiter, hängte seinen Arbeitsschlüssel, der aus Metall war, an die Träte und wurde durch den Strom sofort getötet. Die vernommenen Bemerkungen und Sachverständigen konnten nichts Verlastendes gegen den Angeklagten vorbringen, da in jedem Falle Warnings eingegangen sei und der Leitung im Auftrage der Maschinenfabrik Esslingen seine Pflicht erfüllt habe. Der Anwalt glaubte trotzdem an die Schuld des Angeklagten und beantragte eine Gefängnisstrafe von 14 Tagen. Nach langer Beratung verkündete das Gericht die Freisprechung des Angeklagten, da nach allen bestehenden Tatsachen dem Angeklagten eine Schuld nicht beizumessen sei. Die Kosten trug die Staatskasse. Dieser traurige Unfall drückte unsere Kollegen wieder mahnen, bei allen Arbeiten an elektrischen Leitungen äußerste Vorsicht walten zu lassen.

Hafnung des Unternehmers für einen tödlichen Unfall. Vor vier Jahren schickte der bei der Malerfirma Karl Sommer & Co. in Frankfurt a. M. beschäftigte Ausstreicher Peter Schmidt mit einem von ihm selbst angebrachten Hängegruß ab und starb bald darauf an den Folgen des Unfalls. Wie der "Grundstein" berichtet, hatte die Berufsgenossenschaft, die an die Hinterbliebenen des verstorbenen Kollegen die Rente zahlen mußte, die Malerfirma für den Unfall verantwortlich gemacht und von ihr die Sicherstellung ihrer Auswendungen verlangt, weil sie die Arbeit Schmidts nicht vorsichtig genug überwacht habe. Die Firma Sommer wandte ein, Schmidt habe bei ihr selbst die Tätigkeit eines Betriebsleiters ausgeübt und sei deshalb für seine Handlungswise allein verantwortlich. Das Landgericht Frankfurt wies die Klage der Berufsgenossenschaft ab, aber das Oberlandesgericht verwirte die Haftung der Firma. In den Entscheidungsgrundlagen heißt es: Die Haftung des Betriebsunternehmers für den Unfall wäre auch dann nicht befürchtet, wenn Schmidt Betriebsleiter gewesen wäre. Er sei aber in Wahrheit nur Vorarbeiter gewesen. Die Belegschaft die Arbeiten in Abrechnung ihrer besonderen Gefährlichkeit dem Schmidt nicht allein überlassen, vielmehr mußten ihre Geschäftsführer entweder selbst oder durch geeignete Beauftragte die Herstellung des Gerüsts überwachen und jedenfalls dafür sorgen, daß nur gutes Material verwendet wurde. Die beklagte Firma habe der obliegenden Sorgfalt nicht genügt, sie sei für den Unfall verantwortlich und habe deshalb den Schaden zu tragen.

Genossenschaftliches.

Der fünfzehnte Genossenschaftstag des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine tagt in diesem Jahre am 17. und 18. Juni in Köln. Neben die Entwicklung des Verbandes wird man außerdem über die Tätigkeit des Verbandes Bäckerei in Hamburg sprechen. Neben die Beteiligung der Beamten an der Genossenschaftsbewegung referiert Vorort (Hamburg), über die Forderungen der Konsumvereine zur Neuregelung Liebmann (Frankfurt a. M.). Daraus schließt sich ein Referat Bäcksteins über die Forderungen des Zentralverbandes und der Großhandelsgeellschaft zur Übergangswirtschaft. Eine Reihe geschäftlicher Fragen steht ebenfalls auf der Tagesordnung. Am 19. Juni hält in Köln die Verlagsgesellschaft deutscher Konsumvereine ihre sechste ordentliche Generalsammlung ab.

Vom Ausland.

Erla Generalversammlung des ungarischen Malerverbandes. Am 24. und 25. März hielt unter ungarischer Versammlung ab. Anwesend waren 35 Delegierte; außerdem war unser österreichischer Bruderverband durch Kollegen Böhmer vertreten; auch vom ungarischen Gewerkschaftsrat, vom Holzarbeiterverband, von den städtischen Angestellten und von den chemischen Arbeitern war je ein Vertreter erschienen. Den Sekretariatsbericht erstattete Kollege Széll, der mit Genugtuung konstatierten konnte, daß die Mitgliederzahl in den Jahren 1916 und 1917 eine Steigerung aufweist. Zum Militär wurden insgesamt 2709 Mitglieder eingezogen. Ein Unterstützungen wurden 1914 bis 1917 Kr. 18 335 ausgetragen, während in den vorhergehenden zehn Jahren nur Kr. 13 889 ausgetragen wurden. Der Vorstand war bestrebt, die Interessen der Mitglieder aufs beste zu wahren. Die Agitation wurde sowohl als möglich auch in den Provinzen entfaltet. Großes Gewicht legte er auf die Erziehung und Aufklärung der Mitglieder. Neben die Kassenverhältnisse berichtete Kollege Keleni. Der Leiberschutz stellte sich auf Kr. 13 282. Dem Vorstande wurde einstimmig Entlastung erteilt. Der wichtigste Punkt der Tagung betraf die Neugestaltung der Statuten und des Unterstützungsreglements. Das einseitende Referat hierzu hatte Kollege Donáti übernommen. Die vom Vorstande vorgeschlagenen Änderungen, die wir bereits bekanntgegeben haben, fanden nach reicher Aussprache mit einigen Änderungen gegen drei Stimmen Annahme. Neben die Aufgaben nach dem Krieg hielt Kollege Szell ein großzügiges Referat. Die ihm aufgestellten Richtlinien zur Entfaltung einer durchgreifenden Agitation, zur Verbesserung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse, zur Fürsorge der invaliden Kollegen, der weiblichen und jugendlichen Mitglieder, zur Aufklärung, Lehre und Erziehung usw. fanden einstimmig Annahme. Die neue Beitragssatzung tritt am 1. Mai in Kraft. Die neuen Unterstützungsanstalten sollen am 1. Mai 1919, respektive sechs Monate nach dem Abschluß des Friedensschlusses beginnen. Zum Präsidenten wählte die Generalversammlung wieder den Kollegen Friedrich Donáti, zu Vizepräsidenten Alexander Disberger und Ignaz Székely, zu Sekretären Szell und Freynd, zum ersten Kassierer Kleni, zum zweiten Schreiber Mayer. Der Vor-

sitzende Donáti resümierte zum Schlusse die gefassten, weittragenden Beschlüsse und erfuhr die Delegierten, bei deren Durchführung kräftig mitzuwirken und einige zu sein, da die gewählte Zeitung nur so ihren Aufgaben entsprechen könne. In dieser Hoffnung schloß er die aufs bestreitbare Generalversammlung.

fachliteratur.

Deutsche Malerzeitung "Die Mappe". Illustrierte Zeitschrift für Malerlei. Band 88, Heft 1, April 1918. Jährlich erscheinen 12 Monatshefte und 62 Wochennummern der Deutschen Malerzeitung "Die Mappe". Abonnementpreis für Deutschland M. 8, Österreich-Ungarn Kr. 5 und Ausland M. 4,50 vierteljährlich. Verlag von Georg D. W. Gallwey in München.

Von dieser in den Kollegenkreisen bekanntesten und empfehlenswertesten Fachzeitschrift liegt das erste Heft des soeben beginnenden neuen Jahrganges vor. Es enthält vier Vorlagenfotos. Tafel 1: Füllungen und Biersätze, entworfen von Heinrich Höhler in Hirschberg i. Sch.; Tafel 2: Biersätze, entworfen von Hugo Eichler in Neu-Babelsberg; Tafel 3: Wallendecke, entworfen von Emil Bloch, im Felde; Tafel 4: Blumenarrate, entworfen von Willy Gilers in München. Sämtliche Motive sind für praktische Verwendung vorzüglich geeignet. Möge die trefflich gezeichnete Zeitschrift in allen Kollegenkreisen die weiteste Verbreitung finden; besonders auch den jungen, neu ins Erwerbsleben eintretenden Kräften ist dringend zu raten, sie zu abonnieren, da sie ihnen eine zuverlässige Führerin und Matgeberin auf den vielseitigen Gebieten unseres Berufes ist.

Literarisches.

"Die Glucke". Sozialistische Wochenschrift. Herausgeber: Barbus (Verlag für Sozialwissenschaft, G. m. b. H., Berlin SW 88). Das eben erschienene Heft 1 enthält unter anderem folgende Artikel: Dr. Paul Lenzsch, M. d. M.: Westenwende. August Winnig: Vom deutschen Wesen. Ernst Heilmann: Das Phantom unserer Kriegsschulden. Dr. Hans Teschenmacher: Ein Leichensänger des Liberalismus. Manfred: Die Kolonialpolitik des Siegreichen Sozialismus. Glossen. Einzelhefte 80,-, vierteljährlich M. 3,50 bei allen Buchhandlungen und Postanstalten.

Die "Sozialistischen Monatshefte", redigiert von Dr. P. Flach (Geschäftsstelle: Berlin W 35, Potsdamer Straße 121 b) haben soeben das zweite Heft ihres 24. Jahrgangs erscheinen lassen. Aus seinem Inhalt heben wir hervor: Der Krieg und die deutsche Landwirtschaft, von Hermann Krause. — First Richmonshaus und von Nagow, von Dr. Ludwig Quessel, Mitglied des Reichstags. — Die Wohnungsfrage nach dem Kriege, von Hermann Matzkat, Mitglied des württembergischen Landtags. — Der lange Weg des Heimarbeiterschutzes, von Heinrich Stühler, Vorsitzender des Deutschen Schneiderverbandes. — Die Kathedrale von Meims, von Dr. Adolf Behnke. — Hansabund und Staatssozialismus, von Edmund Fischer, Mitglied des Reichstags. — Politisierung der Genossenschaftsbewegung, von Heinrich Peutz, Mitglied des Reichstags. — Griechische Weltanschauung, von Dr. Stephan Seligmann. — Über Religionsunterricht, von Dr. Herbert Küchner. — Berliner Ausstellungen, von Elisabeth Stern. — Zur Geschichte des Telefons, von Dr. Heinrich Zug. — Wellhausen, und anderes mehr.

Der Preis des Heftes beträgt 60,-, der eines Viertjahresabonnements M. 8,60. Zu beziehen durch jede Buchhandlung, in den Kiosken und Bahnhöfen, bei allen Kolporteur, durch jede Postanstalt sowie direkt durch den Verlag der "Sozialistischen Monatshefte", Berlin W 35. Man verlange vom Verlag ein Heft zur Ansicht.

Das Recht der Organisationen im neuen Deutschland. Schriften der Gesellschaft für Soziale Reform. Herausgegeben von dem Vorstand. Verlag Gustav Fischer, Jena. Preis des Heftes 60,-. Von dem Interessenschutze für Arbeitsrecht sind von dem Vorstand dieser tatkräftig wirkenden Gesellschaft die Heft 60 und 61 erschienen, die den Koalitionsstaat nach geltenden Bivilrecht und den Koalitionsstaat als Problem der Gesetzgebung in grundlegender Weise behandeln.

Vereinsfeil.

Bericht der Hauptklasse vom 8. bis 13. April.

Gingelaut haben: Hoyerswerda M. 17,98, Mainz 500, Altenburg 150, Celle 60,84, Düren 150, Heddingshausen 5, Hesford 117,46, Schwer 8, Essen 500, Saarbrücken 200, Stuttgart, Malereibetriebsgenossenschaft 12,50.

Die Woche vom 21. bis 27. April ist die 17. Beitragswoche.

H. Wentker, Kassierer.

Der heutigen Ausgabe liegt die Nummer 14 des "Correspondenzblattes" bei.

Mein Verfahren

zur Herstellung von Kitt!
zum Dichten von Fußböden und
Verkleben von Holzern jeder Art sowie
zum Ausgleichen ausgetretener Treppen-
stufen, zum Ausfüllen von Wandlöchern,
gegen Ungeziefer, Mäuse usw., auch zum
Ausgießen von Formen verwendbar, bin
ich willens, sofort zu verkaufen.

Asbestfaser-Fußbodenwerke
Melaphon
Obermühle Hirschberg, Schlesien.

Gedenktafel

für unsere im Kriege gefallenen Kollegen.



Apel, Oskar, Mitglied der Filiale Halle, geb. 7. 12. 88 zu Weimar, seit 9. 5. 11 im Verband.
 Beckmann, Max, Mitglied der Filiale Breslau, geb. 26. 2. 78 zu Breslau, seit 16. 8. 08 im Verband.
 Beck, H., Mitglied der Filiale Hamburg, geb. 11. 11. 88 zu Schippiorst, seit 1. 7. 07 im Verband.
 Birt, August, Mitglied der Filiale Frankfurt a. M., geb. 20. 8. 82 zu Döyheim, seit 7. 5. 12 im Verband.
 Böhm, Adolf, Mitglied der Filiale Breslau, geb. 80. 11. 88 zu Breslau, seit 29. 10. 08 im Verband.
 Böhme, Josef, Mitglied der Filiale Halle, geb. 11. 5. 81 zu Lellepitz, seit 2. 1. 10 im Verband.
 Bütt, Ernst, Mitglied der Filiale Hamburg, geb. 27. 6. 90 zu Dassau, seit 29. 4. 09 im Verband.
 Därrich, Paul, Mitglied der Filiale Hamburg, geb. 8. 10. 90 zu Hamburg, seit 2. 4. 09 im Verband.
 Dävers, Hermann, Mitglied der Filiale Hamburg, geb. 22. 2. 89 zu Hamburg, seit 17. 4. 07 im Verband.
 Diehl, Hans, Mitglied der Filiale Mainz, geb. 21. 7. 98 zu Müselsheim, seit 4. 7. 16 im Verband.
 Feit, Friedrich, Mitglied der Filiale Darmstadt, geb. 28. 2. 91 zu Oberstadt, seit 9. 2. 10 im Verband.
 Fisch, Ludwig, Mitglied der Filiale München, geb. 18. 1. 98 zu München, seit 9. 10. 11 im Verband.
 Gerdes, W., Mitglied der Filiale Wilhelmshaven, geb. 19. 8. 88 zu Norden, seit 1. 8. 12 im Verband.
 Grams, Bernhard, Mitglied der Filiale Berlin, geb. 1. 4. 81 zu Altona, seit 1. 9. 08 im Verband.
 Grön, Willy, Mitglied der Filiale Frankfurt a. M., geb. 8. 8. 88 zu Frankfurt a. M., seit 21. 10. 08 im Verband.
 Grundach, P., Mitglied der Filiale Frankfurt a. M., geb. 18. 1. 91 zu Bingen, seit 29. 9. 08 im Verband.
 Gußmann, Johann, Mitglied der Filiale Darmstadt, geb. 18. 10. 85 zu Oberstadt, seit 10. 6. 08 im Verband.
 Harno, Johann, Mitglied der Filiale Hamburg, geb. 9. 11. 89 zu Hamburg, seit 18. 8. 18 im Verband.
 Hensel, Joh., Mitglied der Filiale Frankfurt a. M., geb. 5. 9. 91 zu Niedigheim, seit 29. 8. 09 im Verband.
 Holmquist, Willy, Mitglied der Filiale Hamburg, geb. 16. 5. 78 zu Hamburg, seit 29. 8. 12 im Verband.
 Horn, Bruno, Mitglied der Filiale Hamburg, geb. 21. 6. 94 zu Hamburg, seit 8. 4. 18 im Verband.
 Horn, Christoph, Mitglied der Filiale Darmstadt, geb. 30. 5. 78 zu Nieder-Stadt, seit 1. 8. 02 im Verband.
 Kotopf, Hermann, Mitglied der Filiale Görlich, geb. 20. 5. 80 zu Weißwrist, seit 9. 12. 11 im Verband.
 Jenck, O., Mitglied der Filiale Wilhelmshaven, geb. 17. 8. 84 zu Neuer, seit 29. 9. 18 im Verband.
 Kallabis, Franz, Mitglied der Filiale Hamburg, geb. 5. 12. 90 zu Turmash, seit 8. 1. 10 im Verband.
 Kolb, Peter, Mitglied der Filiale Leipzig, geb. 16. 12. 88 zu Sippendorf i. N., seit 19. 4. 09 im Verband.
 Karg, Paul, Mitglied der Filiale Berlin, geb. 6. 1. 81 zu Cöpenick, seit 11. 8. 18 im Verband.
 Kuhnholtz, H., Mitglied der Filiale Hamburg, geb. 10. 8. 91 zu Groß-Kloster, seit 1. 5. 10 im Verband.
 Kunert, Georg, Mitglied der Filiale Berlin, geb. 1. 10. 71 zu Breslau, seit 28. 12. 09 im Verband.
 Kurzke, Willy, Mitglied der Filiale Breslau, geb. 7. 2. 88 zu Breslau, seit 18. 6. 01 im Verband.
 Landzettel, Georg, Mitglied der Filiale Darmstadt, geb. 21. 8. 74 zu Roßdorf, seit 10. 7. 98 im Verband.
 Leubner, Willi, Mitglied der Filiale Meerane, geb. 20. 8. 97 zu Meerane, seit 7. 5. 14 im Verband.
 Loidl, Gustav, Mitglied der Filiale Frankfurt a. M., geb. 17. 7. 92 zu Loid a. Weil, seit 7. 4. 11 im Verband.
 Menzel, Martin, Mitglied der Filiale Dresden, geb. 5. 12. 95 zu Lausa, seit 17. 9. 11 im Verband.
 Michel, Willy, Mitglied der Filiale Frankfurt a. M., geb. 19. 2. 85 zu Bödesheim, seit 19. 8. 02 im Verband.
 Moeh, Georg, Mitglied der Filiale Darmstadt, geb. 25. 6. 98 zu Griesheim, seit 14. 5. 16 im Verband.
 Orth, Emil, Mitglied der Filiale Hamburg, geb. 28. 9. 92 zu Hamburg, seit 22. 4. 11 im Verband.
 Otto, Arnold, Mitglied der Filiale Münster, geb. 8. 8. 88 zu Neuhaus, seit 14. 8. 08 im Verband.
 Richter, Johannes, Mitglied der Filiale Halle, geb. 21. 3. 94 zu Hohenleina, seit 15. 12. 11 im Verband.
 Schieler, Fritz, Mitglied der Filiale Berlin, geb. 6. 8. 82 zu Süßenrode, seit 9. 7. 01 im Verband.
 Schröder, Karl, Mitglied der Filiale Breslau, geb. 25. 10. 84 zu Schönfeld, seit 8. 8. 18 im Verband.
 Seffner, Paul, Mitglied der Filiale Görlich, geb. 9. 12. 90 zu Steinau a. d. O., seit 11. 2. 16 im Verband.
 Sorg, Oskar, Mitglied der Filiale Hamburg, geb. 25. 7. 88 zu Borsigheim, seit 14. 9. 11 im Verband.
 Stolzenberg, Ernst, Mitglied der Filiale Hamburg, geb. 24. 2. 94 zu Horst, seit 27. 4. 18 im Verband.
 Trüm, Martin, Mitglied der Filiale Mainz, geb. 7. 3. 95 zu Rüsselsheim, seit 12. 5. 12 im Verband.
 Wagenknecht, Paul, Mitglied der Filiale Görlich, geb. 23. 1. 77 zu Lischwitz, seit 18. 4. 07 im Verband.
 Wendlandt, Ernst, Mitglied der Filiale Berlin, geb. 11. 1. 87 zu Wittstock, seit 19. 7. 06 im Verband.
 Weihmann, Paul, Mitglied der Filiale Halle, geb. 19. 10. 97 zu Dessau, seit 9. 1. 15 im Verband.
 Wittmaak, Gustav, Mitglied der Filiale Hamburg, geb. 1. 10. 75 zu Hamburg, seit 10. 6. 99 im Verband.
 Zoch, Karl, Mitglied der Filiale Hamburg, geb. 3. 10. 76 zu Poltemischen, seit 2. 9. 05 im Verband.

Ehre ihrem Andenken!